

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags zu sechs und sechzig Pfennigen...

„Freiheit“ liefert die abendliche Tageszeitung über dem Namen 75 Pf., „Morgen-Ausgabe“...

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Mittwoch, den 19. Februar 1919

Nummer 89

Truppenversendungen nach dem Ruhrgebiet.

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Der Generalstreik der Bergarbeiter gegen die gewaltsame Absetzung des Generalfeldmarschalls in Münster...

Eine Latencennachricht jagt die andere. Es ist schwierig, aus den entstellten Berichten ein zusammenhängendes Bild zu bekommen...

Die Regierung verschließt gegenüber diesen Warnungen jedoch die Ohren. Statt das Fieber der Erregung zu dämpfen, gießt sie neues Öl in das Feuer...

Elberfeld, 18. Februar. W. T. B. Durch Blatanzschlag wurden heute früh die Arbeiter des Wuppertales zum Generalstreik aufgerufen...

Essen, 18. Februar. Eine Konferenz der A- und S-Räte des 7. Armeebezirks, an der auch Vertreter der politischen Parteien...

Die rechtssozialistischen Mitglieder der Konferenz, welche die Mehrheit der Versammlung darstellten, gaben vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung ab...

Wesselnkirchen, 18. Februar. Durch die städtische Sicherheitswehr und die Polizei sind die Sportstätten von den öffentlichen Gebäuden vertrieben worden...

Die neue Verfassung für Sachsen.

Dresden, 18. Februar. Der am 25. d. M. zusammentretenden Volksversammlung soll der im Gesamtministerium beschlossene Entwurf einer vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen vorgelegt werden...

berufene Volkskammer läßt vorbehaltlich der in Paragraph 15 vorgesehenen Volksabstimmung (Rescendum) die gesetzgebende Gewalt aus und überwacht die Durchführung der Gesetze...

Der Staatspräsident hat das Recht, über Gesetze, die von der Volkskammer beschlossen sind, binnen eines Monats die Volksabstimmung anzuordnen...

Demonstrationsstreik in Gotha.

Gotha, 18. Februar. Infolge des Einrückens von Regimentsstruppen wurde hier in einer Anzahl von Fabriken und gewerblichen Anlagen seitens der Arbeiter die Arbeit niedergelegt...

Die deutsche Flottenrüstung.

Paris, 17. Februar. (Reuter.) Es ist so gut wie sicher, daß die endgültigen Friedensbedingungen betreffs der deutschen Flotte folgende Punkte umfassen werden:

Zerstörung aller Forts auf Helgoland und der Befestigungsanlagen am Kieler Kanal, sowie Oeffnung des Kanals für den gewöhnlichen Verkehr...

Die Einberufung der preussischen Nationalversammlung.

Das preussische Staatsministerium hat, wie aus Weimar gemeldet wird, die Einberufung der verfassunggebenden preussischen Nationalversammlung endgültig auf Dienstag, den 4. März, beschlossen.

Streiks und Demonstrationen in Ungarn.

Budapest, 18. Februar. Wie das sozialdemokratische Organ „Nepisova“ berichtet, dauert der große Streik in Oberungarn noch immer fort, doch die Industriearbeiter haben die Arbeit provisorisch aufgenommen...

Der Kampf um das Rätesystem.

Von Ernst Däumig.

Um das Rätesystem werden in der nächsten Zeit die heftigsten Kämpfe entbrennen. So leicht wie Monarchen lassen sich Institutionen, die in der Tiefe des Proletariats wurzeln, nicht aus der Welt schaffen...

Schließlich kann es auch dem vertrauensvollen Arbeiter der regierungsozialistischen Partei, in selbst Denken aus der großen Schaar der politisch indifferenten Arbeiter nicht verborgen bleiben, daß in Weimar die Interessen des Proletariats und des Sozialismus sehr schlecht verwahrt werden...

In den nächsten Tagen wird wahrcheinlich der Kampf gegen das Rätesystem auf der parlamentarischen Bühne offen eingeleitet werden. Der Nationalversammlung liegen eine ganze Anzahl von Anträgen vor, die den A- und S-Räten den Garau machen sollen...

All diese Bestrebungen werden natürlich in Weimar eine erdrückende Mehrheit finden, und die kleine Unabhängige Fraktion wird dagegen ziemlich machtlos sein.

Notwendig ist in dieser Situation ferner, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion mit klar formulierten Anträgen für die Verbeibehaltung und gezielte Beranerkennung der A- und S-Räte eintreift.

über klar sein, daß sie mit ihrer Offensiv gegen das Inter-  
system eine Verübung der Arbeiterklasse nicht schaffen  
werden und daß sie dadurch selbst die Schuld an der fort-  
schreitenden Verarmung unseres Wirtschaftslebens zu tragen  
haben.

Der Erhaltungs des Inter-systems ist aber auch nicht damit  
gedient, daß man, wie es von ganz links geschieht, in einem  
fort die Forderung der Arbeiter- und Soldatenräte in die Welt rufft. Es gilt zunächst einmal, dem  
Inter-system unter den gegebenen Machtverhältnissen Geltung  
zu verschaffen. Das kann nach meiner Ueberzeugung  
nur dadurch geschehen, daß man sich zuerst mit aller Macht  
gegen eine völlige Erdrosselung der U- und S-Räte auflehnt,  
dann aber versucht, dem Inter-system festen Grund unter  
den Füßen zu geben, von dem aus es seine Wirksamkeit  
fester entfalten kann. Daneben muß aber nicht zuletzt  
die gründliche Aufklärung der Arbeiterklasse über Wesen und  
Ziele des Inter-systems gehen. Gerade hier ist noch viel Arbeit  
notwendig und mit dem Herbeten einer hierotypen Formel  
ist es da nicht getan.

Ich hoffe, daß der bevorstehende Parteitag der  
U. S. B. es zu einer klaren Stellungnahme unserer Partei  
zum Inter-system bringen wird. Außerdem wird es natürlich  
Aufgabe des kommenden Inter-systemkongresses sein, den  
inter-systemischen Tendenzen in Weimar einen starken Damm  
entgegenzustellen. Es kann sich natürlich nicht darum han-  
deln, daß den Räten eine rein dekorative Stellung auf dem  
Gebiete des Wirtschaftsprozesses zugewiesen wird, sondern  
die Räte müssen die volle, staatsrechtliche  
Fundierung erhalten, die ihnen als Träger der Revo-  
lution und des Wirtschafts- und Staatslebens zukommt.  
Ob diese Forderung nun in Form eines Gesetzesantrages, der  
die Schaffung einer Rätekommission oder eines Rätehauses  
verlangt, oder auf andere Weise erhoben wird, ist eine Frage,  
über die man sich erst nach dem Stattfinden des Inter-systemkongresses  
und des Parteitagbeschlusses verständigen haben wird. Das eine  
glaube ich aber in Variation eines Bismarckischen Wortes  
sagen zu können: Sehen wir das Inter-system nur erst in  
den Sattel, reiten wird es allein können.

## Deutsche Nationalversammlung.

Die gestrige Tagung der Nationalversammlung er-  
lebte eine stürmische und erbitterte Auseinander-  
setzung der Kriegspolitiker, von denen jeder  
den anderen für den Zusammenbruch Deutschlands  
verantwortlich machen will. Den Anstoß zu dieser Aus-  
einandersetzung gab die Interpellation Heinke über die  
Verhandlungen der Waffenstillstandskommission. Dr.  
Boegler, der die Interpellation begründete, richtete  
die allerheftigsten Angriffe gegen Erzberger.  
Er warf ihm vor, aus übertriebener Eitelkeit  
und Selbstüberhöhung die Hinzuziehung von  
Sachverständigen zu den Verhandlungen unterlassen  
zu haben. Auch sei Erzberger schuld daran, daß die  
deutsche Handelsflotte der Entente ausgeliefert werden  
müsse, ohne daß Gewißheit bestehe, daß die Entente ihren  
Verpflichtungen nachkommen werde. Erzberger hatte  
es diesem Vertreter schwerindustrieller Interessen gegenüber  
leicht, darauf hinzuweisen, daß diese Anklage lediglich  
das Ergebnis der Lektüre sei, daß Herr Stinnes nicht  
zu den Verhandlungen hinzugezogen worden sei. In einer  
von Ueberhebung strotzenden Rede, die von seinen Ge-  
sinnungsgenossen mit lebhaftem Beifall begleitet wurde,  
wies Erzberger alle gegen ihn gerichteten Angriffe als un-  
berechtigt zurück. Hatte Boegler die jetzigen Blockparteien  
für Deutschlands Zusammenbruch verantwortlich gemacht, so  
suchten diese alle Verantwortung den Rechtsparteien zu-  
zuschreiben. Selbstverständlich fehlten bei diesem ihnen  
trotzdem nicht allzu angenehmen Konzert auch die Rechts-  
sozialisten nicht. Ihren Rednern gegenüber hatte  
Genosse Haase die dankbare Aufgabe nachzuweisen, daß  
die Rechtssozialisten die Kriegspolitik genau so unterstützt  
haben, wie die Reaktionsäre. Auch sie haben im Ausland  
kein Vertrauen und seien deshalb schlechte Unterhändler.

10. Sitzung vom Dienstag, 18. Februar 1919,  
nachmittags 2 Uhr.

Präsident Behrendt eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Mi-  
nuten.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Dr.  
Heinke und Gen. (D. B. V.) betreffend die Vorgehens-  
weise einer Delegation über die bisher von der Waf-  
fenstillstandskommission gepflogenen Ver-  
handlungen (Auslieferung der deutschen Handelsflotte, Ver-  
handlungen über die Kohlen- und Erzfragen).

Ramend der Interpellation begründet Abg. Dr. Boegler  
(D. B. V.) die Interpellation: Der Pulsschlag des deutschen  
Wirtschaftslebens wird schwächer und schwächer; schon stellt er  
hier und da. Mit grauenerregender Sicherheit weiß der Feind die  
Punkte zu wählen und zu treffen, die uns dem Ruin entgegen-  
führen müssen. Unser Eisenbahnverkehrsmaterial hatte einen  
vierjährigen Krieg durchgemacht, der Feind aber, erobert davon  
Friedenskontrakte. Die Eisenbahnwerkstätten haben  
keine Werkzeuge mehr, aber gegenüber der Schiene  
müssen wir die Abnahme seines unsrer Feinde wachen für  
mühsam. Dann kam mit einem Mal die Nachricht,  
wir müßten 10 Prozent aller Wagen und Lokomotiven mehr  
liefern. Dann kam schließlich die Berichtsmeldung, es sei er-  
reicht worden, daß wir fast der 10 Prozent Wagen und Loko-  
motiven nur 50 000 landwirtschaftliche Maschinen abzuliefern  
brauchten. (Hört, hört!)

Bei den Verhandlungen in Spa, Trier und Luxemburg sind  
Sachverständige der Kohlen- und Eisenindustrie, die doch  
in erster Linie dabei interessiert sind, überhaupt nicht zu-  
gelassen worden. (Hört, hört!) Unsere Unterhändler haben,  
wie die Hamburger Noeder sich ausdrücken, in leichfertiger  
Weise die Feinde geradezu eingeladen, uns in den Hauptpunkten  
des Wirtschaftslebens zu machen. (Hört, hört!) Obwohl von  
Sachverständigen aufs schärfste Protest erhoben worden war, hat  
Herr Erzberger das Schiffsverkehrsabkommen unterschrieben. Ich  
frage wiederum: Wer gab Ihnen das Recht dazu? (Hört, hört!)  
Ich war Anfangs bereit, mit Sachverständigen zu verhandeln,  
nur die unglaubliche Führung der Verhandlungen auf deutscher  
Seite brachte ihn zu der Forderung, daß unter allen Umständen  
schnell abgeschlossen werden möchte. Die „Frankfurter Zeitung“  
sagt, Erzberger habe nur bewiesen, daß er nichts Versetzt vermocht  
habe, weil er keine Sachverständigen heranzieht und in seiner  
Selbstüberschätzung meint, daß niemand es  
besser machen könne als er. (Sehr gut!) Diese  
Abmachungen sind das Schlußglied in der Kette, die der  
Reichsminister Erzberger in den monatelangen Verhandlungen um  
das deutsche Volk gelegt hat. (Beifall b. d. S. B. — Anfrage im  
Zentrum.) Der Kette, die das deutsche Volk erzwungen  
wird. (Anfrage und Rufe im Zentrum: Unerbittl!) Wenn heute

ganz Deutschland unter einer gewaltigen Notleidet, so ist  
das nicht die Folge der wilden Streiks (Hört, hört!),  
sondern in erster Linie die Folge davon, daß die Erzeugung nicht  
dem Verbrauch zugeführt werden kann. (Sehr richtig!) Heute  
liegen allein im Ruhrgebiet zwei Millionen Tonnen Kohlen auf  
den Heben, die nicht abgeführt werden können, und Tausende  
von Arbeitswilligen müssen feiern, weil man ihnen  
keine Arbeit geben kann. (Hört, hört!) Aus diesen Zuständen  
werden halb Hunderttausende werden. Wegen Sie, Herr Reichs-  
minister Erzberger, erheben wir folgende Vorwürfe, die wir vor  
Ihnen vor, daß Sie in wichtigen Lebensfragen der  
Nation (Große Unruhe im Zentrum.) niemals Sachver-  
ständige zu Rate gezogen haben wie wir weiter Ihnen vor-  
— (Die nächsten Ausführungen des Redners gehen unter in die  
mehrenden Störungen des Zentrums, aus dessen Reihen  
fortgesetzt gerufen wird: Unerbittl! Schluß! Schluß! — Von  
anderen Rednern wird gerufen: Kein Schluß! — Abg. Dr. Heinke  
ruft: Das ist im neuen Deutschland die Redefreiheit, worauf sich  
die Surmützen wiederholen.)

Abg. Dr. Boegler (fortfahrend): Ich sehe hier als  
Vertreter einer Industrie, die am Erstarren ist.  
(Lauter Rufe b. d. Noeder.) Hier sollen aber Vertreter des Volkes  
reden!

Reichsminister Erzberger: Die Begründung der Interpellation  
erfolgte mit einer Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit,  
die ich nicht nur nicht entschuldigen kann, sondern auch  
nicht entschuldigen darf. (Große Unruhe rechts, Beifall, Zustimmung b. d. Noeder.)  
Wie ich Sie wieder nicht entschuldigen kann, so kann ich auch  
nicht entschuldigen, daß Sie die Sachverständigen, die Ihnen  
zur Verfügung standen, nicht zu Rate gezogen haben. (Hört, hört!)  
Die Sachverständigen sind in der Tat nicht zu Rate gezogen  
worden. (Große Unruhe rechts.) Der Reichsminister meinte,  
die Sachverständigen des Wirtschaftslebens hätten ihm die Augen  
geschlossen. Und sind die Augen nicht geschlossen, sondern gerade die  
Gruppe der heutigen Interpellanten mit ihrer Politik den Nie-  
dergang unseres Vaterlandes herbeigeführt hat. (Stür-  
mische Zustimmung bei der Noeder.) — (Große Unruhe rechts.)  
Angeht es dieser Sachlage ist es wirklich ein hartes Stück, wenn ein  
Vertreter der Gruppe, die mich so sehr, in der  
Nationalversammlung von der Seite eines Ministers zu sprechen,  
der für den Frieden der Nation eingetreten ist, während  
gerade diese Gruppe die Volkswirtschaften auswählte und  
unserem Volke neue Blutopfer auflegte. (Erneute stürmische  
Zustimmung bei der Noeder.) — (Lärm rechts.) Der Reichsminister  
wagt den dreisten Satz (Große Unruhe rechts), ich hätte niemals  
Sachverständige gehabt. Meine ganze amtliche Tätigkeit war doch  
ich Tag für Tag Sachverständige gehabt habe. Sachverständige sind  
in allen für das deutsche Wirtschaftsleben entscheidenden Fragen  
geher worden. Die Verhandlungen in Luxemburg habe ich ja  
nicht geführt, sondern der Leiter des Reichswirtschaftsamts  
der Unterheimischen Textilindustrie und der Bearbeiter der Eisen-  
und Erzfragen im Demobilisierungsamt. Ueber das Schiffsver-  
kehrsabkommen haben eingehende Besprechungen mit Sachverständigen  
stattgefunden. Es durch solche Reden die Stellung der deut-  
schen Unterhändler erschwert wird, stelle ich Ihrem Urteil an-  
heim. Das gilt auch von kleinen Anfragen, deren Charakter  
als der eines Ammenmärchens auf mehrere Kilometer ersichtlich  
ist. Dazu zählt auch die Anfrage, die vom Abg. von Graefe  
gestellt ist; sie rührt sich auf einen Artikel der „Schlesischen Zeitung“  
vom 25. Januar 1919, in dem u. a. behauptet ist, daß bei  
den ersten Verhandlungen der deutschen Waffenstillstandskom-  
mission die Entente zu einem entscheidungslosen  
Frieden bereit gewesen sei, daß aber nach Ausbruch der Revo-  
lution sich erklärt habe, dieses neue Datum ändere die ganze  
Lage, Deutschland sei erlitten, das frühere Angebot hinsichtlich  
diesem ganzen Artikel ist nur das eine wahr, daß wir am 7.  
November die deutsche Front verlassen haben. (Hört, hört!)  
Andere ist Dichtung. Daß der Ausdruck der Revo-  
lution eine Verschärfung der Bedingungen zur  
Folge hatte, ist ganz unbestritten. (Beifall, Hört, hört!)  
Es muß Wunder nehmen, daß gerade die Herren, die den  
entscheidungslosen Frieden noch am 24. Juni  
1918 zum Sturm gegen Herrn von Kühl-  
mann benutzten, sich hier heute als die  
Vertreter eines solchen Friedens hinstellen. Nun die  
Frage der Sachverständigen. Gegen meinen Willen  
und ohne daß ich vorher befragt worden bin, war zu den Ver-  
handlungen nach Spa Herr Hugo Stinnes entsandt worden.  
Ich habe seine Abberufung durchgesetzt, und ich vertrete sie,  
weil ich unseren Feinden als Sachverständigen nicht einen Herrn  
anstehen konnte, der an der Ausbeutung Belgiens so  
herausragend beteiligt gewesen ist wie Herr Hugo Stinnes, und  
der von allen Dingen die Haupttreibende Kraft gewe-  
sen ist bei der Verschleppung der belgischen Ar-  
beitskräfte, die so ungenutzt und ohne Wert gemacht hat.  
Nun hat uns Herr Boegler eine ganze Reihe von Verdächtigungen  
gegen die deutschen Sachverständigen beigesetzt — nur von einem  
hat er uns nichts mitgeteilt, sie lautet: Wenn Hugo Stinnes  
nicht in Luxemburg als Sachverständiger zugelassen wird, entsendet  
der Feind überhaupt keinen Sachverständigen. (Hört, hört!)  
Bewegung und Rufe.) Unter solchen Terrorismus suchen Sie  
(zu Dr. Boegler) die Regierung zu setzen. Aber ich kann Ihnen  
sagen: Ihre Herrschaft ist vorbei. (Schmähscher Beifall.)

Wir konnten aber den Waffenstillstand nicht davon scheitern  
lassen, daß wir die Schiffe nicht zur Verfügung hätten. Die  
deutsche Regierung ist entschlossen, die Bedingungen, die sie auf die-  
sem Gebiete übernommen hat, loyal auszuführen, aber nicht mehr.  
Unser Volk darf nicht verhungern. Am unser Volk  
über die härteste Zeit bis zu neuen Enten hinwegzuführen, müssen  
einmal unsere Arbeiter das ihre tun, um Waren für die Aus-  
fuhr zu schaffen, und dann müssen die Kapitalisten ihre fremden  
Werte dem Deutschen Reich zur Verfügung stellen, und zwar in  
einem solchen Umfang, daß wir vom Hungertode vor der  
Ernte gerettet sind. Wenn der Appell der Regierung keine  
Wirkung hat, wenn fremdes Kapital in Deutschland nicht ge-  
nügung zur Verfügung gestellt wird, muß sich die Regierung ver-  
schaffen, was notwendig ist, um zu erhalten. Jeder Deutsche  
muß sich klar sein, daß er kein Privatrecht hat, nur selten  
kann, wenn er es in den Dienst der Gesamtheit stellt. (Lebhaftige  
Zustimmung der Noeder.) Wir haben gegenüber dem Drängen  
der Alliierten versichert, daß die Handelsflotte nicht eher  
ausgelaufen braucht, als bis die Redereimittlung über die  
Verhandlungen und Finanzfrage herbeigeführt ist. Wenn diese  
Uebereinstimmung aber nicht bald, vielleicht in 14 Tagen, erzielt  
wird, dann laufen wir die große Gefahr, keine Behrens-  
mittel zu kriegen, an die Flotte schließlich doch loszu-  
werden.

In dem Interieur, das ein Mitglied dieses Hauses gegeben  
haben soll, wird gesagt: Deutschland habe unter dem Vorwand  
die Ehre zu schämen, ein neues Heer von 600 000 Mann  
aufzustellen. (Lebhaftige Rufe: Wer war das!) Dieses Inter-  
ieur, das im „Ereignis“ veröffentlicht wurde, soll vom Abgeord-  
neten Haase stammen. (Abg. Haase, U. Soz.) Es ist ein  
Wort davon wahr, nicht ein Wort! Es freut mich,  
daß die Behauptung dieses Wortes also unwahr ist.

Auf Antrag des Abg. Dr. Heinke (D. B.) wird die Be-  
sprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Müller-Breslau (Soz.): Die Kommission für diese Inter-  
pellation geht von denselben Kreisen aus, die die Mand- und  
Grenzänderungspolitik gegen Belgien und Frank-  
reich beschließen wollten. Der Zweck des Vorstoßes der Inter-  
pellanten scheint mir nicht nur das Weg mit dem Erzberger, son-  
dern auch der Schlag Erzbergers durch einen dem  
Interpellanten gegenüber zu sein. (Anfrage und Widerspruch rechts.)  
Wir müssen in allen unseren Worten und  
Taten der Welt zeigen, daß man es wirklich mit einem neuen  
Deutschland zu tun hat. Denn in Frankreich und namentlich

in Amerika wird immer noch damit gegen uns gearbeitet, daß die  
junge deutsche Republik ein bloßer Schwindel sei.

Abg. Graefe (Zentr.): In unserer nicht geringen Ueber-  
zeugung haben wir von dem Bestehen der Interpellation ge-  
hört, er sehe hier als Vertreter der Industrie.  
(Hört, hört!) Das Ziel der ganzen Angelegenheit ist es, in  
den Welt zu werden. (Beifall im Zentrum.) Das wäre viel länger  
und einfacher gewesen, als die ganze lange Rede (Sehr gut!),  
und der Kern des ganzen Sinnes war doch das Inter-  
ieur des Herrn Stinnes. (Lebhaftige Zustimmung b. d. S. B.)  
Keine politischen Freunde können mit dem Verlauf der Inter-  
pellation durchzufrieden sein. Wir freuen uns, in unserer  
Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzberger zu haben, der mit  
so außerordentlicher Begabung und so riesigem  
Fleiß für das Vaterland leidet, was kein anderer zu leisten  
imstande gewesen wäre. (Lebhaftiger Beifall im Zentrum.)

Nach weiteren Reden von Haase (Zentr.), Graefe  
(Noz.), Schödemann und Erzberger spricht

Abg. Haase (U. Soz.): Auch die Rechtsparteien und die  
Rechtssozialisten waren nicht unglücklich an der  
Kriegspolitik. Wegen Unterdrückung dieser Kreise  
werden die Feinde immer stärker. Es wird noch sehr  
viel zu tun mit dem Feind. (Sehr richtig!) Bei den  
U. Soz.) Das Volk in seiner Masse will den Frieden. Wir sind  
nicht in der Lage, der alten Abenteuerpolitik eine neue  
Abenteuerpolitik hinzuzufügen. (Beifall b. d. U. Soz.)

Schluß der Sitzung: 12 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr nachmittags. (Erste ent-  
scheidende Beratung des Gesetzesentwurfes zur Abänderung der Ver-  
ordnung betr. Rückgabe in Belgien und Frankreich weggenomme-  
ner Betriebsmittel.) Fortsetzung der Besprechung über die  
Entscheidungen der Reichsregierung in Verbindung mit dem Nach-  
tragsetzt.)

## Die Wahlen in Oesterreich.

Wien, 18. Februar. (Korrbüro.) Von den 255 Mandaten  
der deutschösterreichischen Nationalversammlung gelangten  
gestern 162 zur Bezeichnung, die übrigen Mandate konnten in-  
folge der Befreiung gewisser Gebiete Deutschösterreichs  
durch Tschedow-Slowaken und Italiener nicht bezeugt werden.  
Gewählt wurden in Niederösterreich 47 Sozial-  
demokraten, 27 Christlichsoziale, 8 Deutschnationale,  
1 bürgerlicher Demokrat, 1 Jüdischnationaler, 1 Tschedo-  
w-Slowake, in Oberösterreich 5 Sozialdemo-  
kraten, 11 Christlichsoziale, 2 Deutschnationale, 4 Frei-  
heits- und Ordnungspartei, in Salzburg 2 Sozial-  
demokraten, 3 Christlichsoziale, 2 Deutschfreiwillige,  
in Steiermark 9 Sozialdemokraten, 10 Christlich-  
soziale und Steirischer Bauernbund, 2 Deutschdemokraten,  
in Kärnten 4 Sozialdemokraten, 2 Christlich-  
soziale, 1 Deutscher Demokrat, 2 Kärntner Bauernbund, in  
Vorarlberg 1 Sozialdemokrat, 3 Christlich-  
soziale. Im ganzen sind gewählt: 70 Sozialdemo-  
kraten, 67 Christlichsoziale, 23 Deutschfreiwillige,  
1 Jüdischnationaler und 1 Tschedo-Slowake.

Die Sozialdemokraten feierten die Wahlerfolge durch Umgänge  
und Siegesfeiern in verschiedenen Gegenden Wiens. Dabei wurde  
auch der Forderung Ausdruck verliehen, daß die Sozialdemokraten  
nunmehr in dem ne- zu wählenden Wiener Gemeinderat und  
dem niederösterreichischen Landtage den führenden Platz ein-  
nehmen müßten, und daß ihnen insbesondere die Stelle des Bür-  
germeisters gebühre. Die Veranstaltungen verliefen ebenso wie  
der ganze Tag in vollkommenster Ruhe und Ordnung.

Die halbamtliche Wiener Abendzeitung weist auf den  
ruhigen Verlauf der Wahlen in Deutschösterreich hin und hebt  
heraus, daß das Volk sich unvoreingenommen gegen eine Kriegspolitik  
und für den Frieden, gegen die Wiederherstellung einer unnatürlichen  
und freudlosen Verbindung mit den Nationalstaaten und für  
den Ausschluss von Deutschland erklärt habe; die Wahlen  
gäben unverkennbar den Willen des Volkes kund, sich nicht mehr  
nach dem Bedürfnis der Kapitalisten- und Grundbesitzerklasse  
regieren zu lassen; Freiheit und Arbeit würde der Wahltrumpf der  
verfassunggebenden Nationalversammlung sein müssen.

## Cisners Antwort.

Aus Ingolstadt ging dem Reichspräsidenten Kurt Eisner  
folgendes Telegramm zu:

„Die heute in Ingolstadt mit etwa 1000 Mitgliedern  
tagende Ortsgruppe Ingolstadt des Volksbundes zum Schutze der  
Freiheit und Hilfsgesangenen im Ausland, erhebt mit Ausnahme  
einer Besondere Flamme den Protest gegen das  
nichtswürdige Gebahren des Kurt Eisner in Wien,  
Deutschland habe kein Recht, seine Gefangenen zurückzubehalten,  
und fordert, daß der kommende Landtag Herrn Eisner für seinen  
Verrat zur Verantwortung zieht.“

Ortsgruppe Ingolstadt.

Berein zum Schutz der Hilf- und Kriegsgefangenen.

Reichspräsident Kurt Eisner sandte daraufhin folgende An-  
twort:

„Bedauerlich ist, daß Erwachen auf den blödsinnigen  
Pressenschwindel hereinfallen. Die Wahrheit ist, daß es mir ge-  
lungen ist, in Wien einen einseitigen Beschluß für Freilassung  
der deutschen Gefangenen durchzusetzen.“ Kurt Eisner.

## Protest gegen die Behandlung der Gefangenen.

In der am Sonnabend, den 15. Februar, in der Arbeiter-  
Eldungshalle, Sölklerstraße, abgehaltenen Versammlung der  
Objekte der Berliner Großbetriebe wurde folgende, vom Ge-  
nossen Wegmann geleitete Resolution einstimmig angenommen:  
Die versammelten Objekte der Berliner Großbetriebe er-  
heben die unwürdige Behandlung der politi-  
schen Gefangenen in den Berliner Gefängnissen. Während  
die Ernährung der freiwilligen Truppen reichlicher ist als die für  
die Arbeiterklasse behördlich festgesetzte Ration, müssen die Ge-  
fangenen schmachten und leiden dadurch große Not an Leib und  
Seele.

Wir fordern die Regierung auf, sofort für eine menschen-  
würdige Behandlung und Ernährung Sorge zu tragen, da wie die  
Regierung für alle Schäden, die aus diesen Umständen down-  
getragen werden, verantwortlich machen und zur-zugebenen Zeit  
Rechenschaft von ihr verlangen.

Wir protestieren gegen eine längere Inhaftie-  
rung Ledebours und verlangen dessen sofortige Frei-  
lassung. Dagegen aber eine sofortige Verhaftung der  
Noeder, Liebschütz und Rosa Luxemburg.  
Wir verlangen, daß unserer alten Forderung endlich Rechnung  
getragen wird, der Forderung: Gleiches Recht für alle!

# Mittwoch abend 6 Uhr: Flugblattverbreitung

für Berlin, Niederbarnim, Teltow-Beeskow, Potsdam-Osthavelland.

## Prinz vor den Geschworenen.

Erich Prinz, der ehemalige Leiter des Berliner Sicherheitsdienstes, stand gestern vor dem Schwurgericht, um sich wegen versuchten Mordanschlags zu verantworten. Das Gerichtsgebäude war wieder außergewöhnlich durch Reinhardtgarde geschützt. Es ist bekannt, dass der Prinz in umfangreichen Kreisen gegen den Genossen Eichhorn der Gewerkschaften erbohen worden, Prinz sei zu Unrecht und nur durch die Veranlassung verhaftet worden, weil Prinz belastendes Material gegen ihn gehabt habe. Die Verhandlung hat Klipp und Klar ergeben, daß die Inhaftierung zu Recht erfolgt ist. Sie ist ja auch nachträglich von dem Untersuchungsrichter aufrechterhalten worden. Prinz selbst hat in seinen Verteidigungen offen zugestanden, daß er mit Eichhorn wegen der Verhaftung und Einstellung neuer Sicherheitsmannschaften in gewisse Differenzen gekommen ist, daß er bei den Volksbeauftragten, beim preussischen Minister des Innern und unter den Mannschaften der Sicherheitswehr gegen Eichhorn intrigiert hat und daß er ein Mensch ist, der sich nicht scheut, um einen Kameraden unerschrocken zu machen, der dienlich mit Bestellungen über ihn beauftragt ist, zur Waffe zu greifen und ein förmliches Komplott zu schmieden. Die Vorwürfe des „Vorwärts“ sind somit als wüste Hege zu durchsichtigen Zwecken entlarvt.

Von den zur Anklage stehenden Vorgängen gab Prinz etwa folgende Darstellung: Er sei mit Eichhorn in Zwistigkeiten geraten, weil letzterer nur Leute von politischer Schulung und Umficht einstellen wollte und die Meinung vertrat, es werde noch eine große Revolution kommen. Es seien oft üble Gerüchte über ihn in Umlauf gewesen, deren Urheber er nie habe ermitteln können. Er habe als Opfer Eichhorns vor Gericht. Eines Tages sei ihm von Kameraden mitgeteilt worden, er sei entlassen und habe die Urteile abzugeben. Er sei nun von Berlin abgereist, habe er das von ihm gegen Eichhorn gesammelte Material bei den Volksbeauftragten bringen wollen. Er geriet jedoch an Marx, wo er abblühte. Dann sei er in das Ministerium des Innern gegangen. Hierauf habe er sich bemüht, Versammlungen der Sicherheitsmannschaften einzuberufen, damit diese zu seiner Entlassung Stellung nehmen könnten. Als er nach dem Polizeipräsidium kam, um seine Papiere in Empfang zu nehmen, sei ihm ein Dolchstoß Eichhorns vorgehalten worden. Diesen hat Eichhorn nach einer persönlichen Rücksprache zurückgenommen. Dann sei ihm mitgeteilt worden, der Justizminister Voh von der Sicherheitswehr sei der Urheber der ihm unglücklichen Gerüchte. Darüber erregt, habe er wohl gesagt, er wolle mit Voh noch reden und werde ihn durchhauen. In seiner Eiferheit und um unparteiliche Zeugen bei der Auseinandersetzung zu haben, habe er einige Kameraden mitgenommen, die im Gange warteten. Er sei durch das Ordnungszimmer nach dem Stabszimmer gegangen, wo Voh sich mit einigen andern aufhielt. Er habe ihn aufgefordert, mit herauszukommen. Voh kam bis zur Tür. Da er allein sein wollte mit ihm, zog er ihn weiter mit sich. Voh wehrte sich dagegen, und da habe er nur demonstrativ seinen Revolver gezogen. Der sei gelockert gewesen. Voh habe zugleich seinen Arm hochgehoben und Hilfe gerufen. Die herbeieilenden Kameraden hätten dann berichtet, ihm den Revolver zu entreißen, dabei sei vermerkt die Sicherung gelöst worden und ein Schuß in die Decke gegangen. Dann trat Verwirrung ein und es kam zu einer ruhigen Aussprache. Erst am darauffolgenden Tage sei er in Haft genommen worden, wie er vermute, weil ihn Eichhorn des besagten Materials wegen unerschrocken machen wollte.

Die Zeugen bekunden dagegen, daß Prinz davon gesprochen hat: „Du Kerl, ich sage ich tot, und wenn ich es selbst tan soll.“ Er sei auch mit etwa 15 Mann vor das Ordnungszimmer gerückt, habe gerufen, als Voh ihm die Hand mit dem geladenen Revolver hochhalten: „Kommt rein, kommt rein, es geht los!“ und die Waffe sei ihm nur mit Mühe zu entwenden gewesen.

Der Sachverhalt läßt die Möglichkeit zu, daß die Waffe erst bei dem Mordanschlag entschlossen worden ist. Besonders auffällig ist jedenfalls, daß Prinz den Revolver in der Hosentasche trug, obgleich er das Futteral dazu am Koppel hatte.

Der Sachspruch lautet auf Verurteilung der Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis, die als durch die Untersuchungsbehörden bestätigt gelten.

## Gewerkschaftliches.

### Der Streik der Versicherungsangestellten beendet.

Kochern gestern vormittag eine von etwa 8000 streikenden Versicherungsangestellten besetzte Versammlung im Lustgarten zum Schiedsspruch des Einigungsamtes zugestimmt hatte, haben auch die Unternehmer gestern nachmittag sich dem Schiedsspruch unterworfen. Die Streikleitung richtet daher jetzt folgenden Aufsatz an die Angestellten:

#### Kollegen und Kolleginnen!

Die Unternehmer haben nach offizieller Mitteilung des Herrn Dr. Koblisch sich dem Schiedsspruch des Einigungsamtes unterworfen. Wir bitten die Arbeit Mittwoch früh wieder aufzunehmen.

#### Für die Zentral-Streikleitung:

Erst Schmidt, Jelenkowsky, Bieroth, Zimmermann. Damit ist der Zustand von circa 8000 Versicherungsangestellten beendet. Zum ersten Male wohl hat eine Gruppe von Angestellten selbst den Kampf gewagt. Der gewerkschaftliche Gedanke wird hoffentlich auch in jenen Kreisen sich immer gewaltiger ausbreiten, wenn auch die Unternehmer die gelben Angestelltenverbände des demokratischen Gewerkschaftsbundes noch so lieblos in ihre Arme nehmen.

### Der Streik der Kaufhausangestellten.

Die Zahl der Streikenden ist immer noch im Steigen begriffen; sie umfaßt jetzt schon rund 80000 Streikende. Auch zu den Firmen, die die Forderungen bewilligt haben, kommen täglich neue hinzu. Die Unternehmer halten nach wie vor daran fest, daß mit allen Angestelltenverhältnissen verhandelt wird während der Zentralverband ebenso fest darauf besteht, nicht mit den gelben Verbänden zusammenzugehen. Man darf gespannt sein auf die Entscheidung der Berliner Gewerkschaftskommission, die sich auch mit dieser Frage beschäftigt. In einer Versammlung der

Streikenden, die gestern vormittag im Lustgarten stattfand, bezeichnete der Referent Gen. Felix die meisten Kaufhäuser als reif für die Sozialisierung. 85000 Angestellte seien in diesen Betrieben tätig, und nur in sozialisierten Betrieben könnten sie ihre Lage dauernd verbessern. Die Versammlung zeigte eine immer noch launische Stimmung.

#### Zur Beachtung!

Die Streikenden werden ersucht, sich im Laufe des Tages in den Streiklokalen ihrer Betriebe einzufinden.

Sitzung sämtlicher Vertrauensleute, Obleute und Ausführmittglieder der im Streik befindlichen Angestellten heute vormittag 11 Uhr im Königsplatz, Alexanderstraße, Ecke Holzmartstraße. Eintritt nur gegen Funktionärsausweis.

Mittags 1 Uhr: allgemeine Versammlung der Streikenden im Lustgarten. Die Streikleitung.

Der Streit bei der Berliner Bau- und Tischlergesellschaft ist durch den Schiedsspruch des Einigungsamtes beigelegt worden. Der Schiedsspruch bringt zum Ausdruck, daß die Arbeiter nicht befugt waren, ohne Zustimmung des Einigungsamtes den Dienst einzustellen, nachdem sie am 21. Januar einen Tarifvertrag mit Schlichter bis Januar 1920 abgeschlossen hatten. Es sei einem neuen Tarifvertrag vorzuziehen bleiben, die Löhne, deren Erhöhung die Gesellschaft vor dem Schiedsgericht bereits zugestanden hat, ebenfalls festzusetzen. Wahrung der Angelegenheit aus Anlaß des Streiks findet nicht statt. Der Dienst wird sofort wieder aufgenommen.

Die Obleute der Groß-Berliner Arbeiterorganisationen waren am Montag in den Wilhelmshallen am Zoo versammelt, um den Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit den Behörden und Direktionsvereinigern entgegenzunehmen. Mit Enttäuschung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß die geforderten Forderungen nicht erfüllt wurden. Die in Ansehung der Erhöhung der Gehälter wurde als unzureichend erklärt. Auch über den Ton, den die Vertreter der Arbeitgeber gegenüber den Verhandlungen angesetzt wurde, erweckte in der Versammlung lebhaften Protest. In dieser Resolution wurde der Verhandlungsausschuß und dem Arbeitsausschuß vollstes Vertrauen ausgesprochen und bestimmt, daß die einmalige Konzessionszulage, die Gehaltserhöhungen nach dem Vorschlag der Verhandlungskommission, die Abstellungen und die Festlegung eines Tarifes als eine unannehmbare Forderung aufgestellt werden. Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, diese Forderungen sofort den Reichsministern vorzulegen und einen Entschluß innerhalb von drei Tagen herbeizuführen.

## Groß-Berlin.

### Seh- oder Werbefilm?

Auf dem eingezäunten Gelände des Koblischers Eberts (Truppenübungsplatz) wurde vorige Woche eine Kinoprobe gemacht, welche jedenfalls die ideale Behandlung und höhere Arbeit unserer Gefangenen in Frankreichs Kollaboratoren kennzeichnen soll. Zwei in französischer Uniform stehende Statisten mit Gewehr und ausgeprägtem Balancé ausgerüstet, waren bemüht, deutsche Gefangene darstellende Soldaten zu kühner Arbeit in den Kollengruben anzuleiten. Sie bedienten sich dabei eifrig der Gewehrkolben und Bajonette, womit sie überhaupt die anderen schlugen und stießen. Um die Brutalität voll zur Geltung zu bringen, mußten einige ohnmächtig knifflern.

Wohlgelächelt hatte man das umliegende Gelände durch Posten abgesperrt, um unerbundenen Zutritt den Entlassenen zu verhindern. Trotzdem hat es sich im ganzen Truppenlager herumgesprochen und teilweise auch gerechtes Entrüsten hervorgerufen. Man hätte sich nicht einmal getraut, gerade zum Koblischersplan reichende Plananlagen zu zeigen, die Gefangenen darzustellen. Bezeichnend ist, daß das Lager von niemandem ohne Ausweis betreten werden darf. Welcher wahrheitsliebende Kameraden mag also dieses elende Werk, welches unserer sozialistischen Republik eine Ehre macht, in Szene gesetzt haben? Offenlich trägt dieser Vorfall jetzt, wo wir sowieso schon nur Gnade winkeln und um Lebensmittel betteln müssen, dazu bei, uns bei der Entente gute Freunde zu machen.

Die Festhalle Groß-Berlin (Winter) überweist durch Bekanntmachung im Anzeigenblatt und an den Anzeigenblättern die in die Speisekonditorei der Warenhäuser eingetragenen Personen wegen des Streiks der Warenhäuserangehörigen anderen Geschäften zur Belieferung die in der Nähe der vom Streik betroffenen Warenhäuser gegeben sind. Die bezeichneten Geschäfte liefern auch die Zeitmenge nach für die von 10-17. Februar gültigen Speisekonditionenabschnitte, sofern diese vorgelegt werden und wegen des Streiks die Entnahme in der vorigen Woche nicht bei Hoflieferungen können.

Die Mittelstandsstraße Brunnstraße 72 wurde nach Demmuter Straße 22 verlegt ebenfalls in der B. u. S. Straße 22 belegene Straße nach Koblischers Straße 30. — Die Berliner Milchhandlungen sind geöffnet von 10-12 Uhr mittags und von 6-8 Uhr abends.

Die Betriebsversammlung der D. B. u. R. Z. Wittenau findet am Donnerstag nachmittag 1/2 Uhr, anstatt wie bekannt gegeben, 1/2 Uhr statt.

Kriegerwerkstatt Nord, Spandau! Am Freitag mittag 12 Uhr: Betriebsversammlung in den Kriegerhäusern, Berlin N., Müllerstraße 142.

Die kassenlosen Angestellten aller technischen Berufe: Techniker, Ingenieure, Architekten, Zeichner, Geometer, Chemiker usw. werden zu einer am Donnerstag, den 20. Februar, nachmittag 2 Uhr, stattfindenden Versammlung in der Aula der Friedrich-Werke-Coblenz-Schule, Nieder-Strasse 12, eingeladen. Tagesordnung: Bericht des Ausschusses, freie Aussprache. Das Erscheinen sämtlicher Stellenloser, auch nicht Angestellter, ist dringend erwünscht.

### Lebensmittelmäander.

Spandau. Die den einschlägigen Geschäften jetzt zugewiesene Marmelade-Lose gegen Abrechnung von Geld 207 der Lebensmittelkarte abgegeben werden und zwar ein Pfund auf jede Karte zum Preise von 1 M. pro Pfund.

Bris. In der Woche vom 17. bis 23. Februar d. J. gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Köpcke-Berliner Lebensmittelkarte: auf Abschnitt 97 150 Gr. Milch — Karte für Jugendliche: auf Abschnitt 23 100 Gr. Morgentrunk. — Berlin-Becker Lebensmittelkarte: auf Abschnitt 20 für Kinder im zweiten Lebensjahre 100 Gr. Schokolade; empfangs-

berechtigt sind nur Personen, welche die Milchkarte, die vom Milchhändler gestempelt ist, vorlegen. Auf Abschnitt 31 und gegen Vorlage der Karte für Jugendliche 1 Pf. S. 100 auf Abschnitt 32 5 Dosen S. 100 je Haushalt. Auf Abschnitt 33 Sonderabteilung.

Sankow. Am Donnerstag gelangt von morgens 8 Uhr ab bei dem Kaufmann Schäfer, Blotzstr. 10, und der Bildhauerin Brunow, Schulstr. 2, je ein 5 Pf. Notgeld zum Verkauf. Preis für Rüden und Keule 8 M., Walf oder Walf 2 M. Nagel oder Stochfleisch 1 M. pro Pfund. Es gelangt die doppelte Fleischmenge auf die Fleischkarte zur Ausgabe. An einen Haushalt dürfen aber höchstens zwei Pfund Walf abgegeben werden. Diejenigen Haushaltungen, welche bei dem Verkauf am 6. bzw. 16. Januar bereits einmal Walf erhalten haben, sind diesmal vom Verkauf ausgeschlossen. — Vom Mittwoch ab werden in den bekannten Verkaufsstellen gegen Abrechnung des Segens- und Quittungsabschnitts 99 von der allgemeinen Lebensmittelkarte 150 Gramm Teleskop zum Preise von 20 Pf. ausgegeben.

Tegel. Es gelangen zur Vorauszahlung: a) in den Kleinhandelsstellen: auf Abschnitt 100 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte drei Suppenwürfel à 10 Pf., auf Abschnitt 104 200 Gramm Marmelade für 1 M.; b) in der Gemeindeverkaufsstelle: auf Abschnitt 32 der Sonderlebensmittelkarte für Kinder 10 zu zwei Jahren 250 Gramm Heferollen für 88 Pf., auf Abschnitt 27 der Lebensmittelkarte für ältere Einwohner über 70 Jahre 150 Gramm Heferollen für 88 Pf. Für Kinder und ältere Einwohner kann die Ware am Mittwoch, den 20. d. M., aus der Gemeindeverkaufsstelle abgeholt werden.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 94 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin 1/2 Pfund Marmelade zum Preise von 50 Pf. Anmeldung bei den Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen bis einschließl. 21. d. M. Auf Abschnitt 100 100 Gramm Graupen zum Preise von 14 Pf. Die Händler des westlichen Ortes, die bei der letzten Verteilung für Kaiserlöden Graupen erhalten haben, erhalten statt Graupen jetzt Kaiserlöden (150 Gramm 27 Pf.). Anmeldung bei den Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen bis einschließl. 24. d. M. Auf Abschnitt 101 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin 100 Gramm Suppen zum Preise von 18 Pf. Anmeldung bei den Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen bis einschließl. 25. d. M. Auf Abschnitt 104 500 Gramm und auf Abschnitt 105 400 Gramm, zusammen 900 Gramm Marmelade. Verkaufspreis für ein Pfund 1 M. Anmeldung bei den Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen bis einschließl. 27. d. M.

### Aus den Organisationen.

#### Kreis Niederbarnim.

Am Montag, den 21. Februar, abends 6 Uhr, im Café Bellevue, Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Kreis-General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag, 2. Wahl der Delegierten, 3. Verschiedenes.

Eine besondere Einladung erfolgt nicht. Zutritt haben nur die Delegierten, die von den Bezirken mit einem Mandat versehen sind. Der Kreisvorsitz.

Teltow-Beeskow. Die Orte werden ersucht, die Fragebogen betreffs des Mittelbarnim-Kreisbureau einzuwenden. Da am 2. März der Parteitag stattfindet, wird am Dienstag, den 25. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, in Neukölln, „Deutsches Wirtschaftshaus“, Bernstraße, eine Kreisgeneralversammlung abgehalten. Die Orte haben dazu umgehend Stellung zu nehmen. Alles Nähere steht den Orten durch Direktur zu. — Vom Kreisbureau sind die Flugblätter abzuholen.

Charlottenburg. Im Inseratenteil dieser Nummer sind die öffentlichen Wählerversammlungen angekündigt, die heute und an den folgenden Tagen von der U. S. P. veranstaltet werden. Wir weisen die Genossen auf dieses Inserat ausdrücklich hin.

Neukölln. Mittwoch, den 19. Februar, finden in Neukölln folgende Wählerversammlungen statt: Abends 6 Uhr „Jugendhaus“, Bernstraße 14, Referent: K. K. — Abends 6 Uhr Aula des Kaiser Friedrich-Gymnasiums, Kaiser Friedrichstr. 210, Referent: Voßbert. — Abends 6 1/2 Uhr Restaurant Berger, Bernmannstraße 106-67. — Abends 7 Uhr Restaurant Adler, Prinzendammstraße 3. — Abends 7 Uhr Restaurant Sängeheim, Schönhaiderstraße, Ecke Tosastraße.

Stettin. Mittwoch, den 19. Februar, abends 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula des Paulsen-Realgymnasiums, Krüdstr. 6. Tagesordnung: Die Volkrevolution. Referent: Genosse Berger. — Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, Mittelbarnim-Versammlung bei Schönhof, Altonaerstr. 15a. Die letzten Vorbereitungen zur Gemeindevahl-Flugblattausgabe.

Treptow-Daunshufenweg. Heute, Mittwoch, um 6 Uhr findet die letzte Gemeindevereiner-Sitzung im Rathaus statt. Wir bitten alle Genossen, als Zuhörer zu erscheinen.

Tempelhof. Donnerstag, den 20. d. M., Abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Ein letztes Wort zur Wahl. Referent: Genosse Dr. Meißner. — Mittwoch, den 19. d. M., abends von 6 Uhr ab von den bekannten Stellen aus: Handzetteldruckerei.

U. S. P. D. Beeskow. Am Mittwoch, den 19. Februar, 6 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverteilung statt. — Am Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr, finden in folgenden Lokalen Wählerversammlungen statt: Otto Paake, Berliner Allee 251, Neuenhagen, Gehrenstr. 48, Pöhlmann, Langhansstr. 102, Kriebitz, Gabelstraße 1, Grüner Baum, Berliner Allee. Keine Verteilung erwartet die Registrierung.

Pankow. Die Flugblattverteilung für Pankow findet nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag, den 20. Februar, abends 6 Uhr, von den bekannten Stellen aus statt.

Marienthal. Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Emil Pelsch öffentliche Wählerversammlungen. Vortrag des Genossen Modoll über: Die Bedeutung der Gemeindevahlen und die Arbeiter.

Mosenthal-Niebershufenweg. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, öffentliche Gemeindevahlerversammlung im Lokal von Deena Wahne (früher Deuffmann), Hauptstraße 1. Referent: Genosse Weiß (Hilfenberg).

Freie Jugend Nordost. Mittwoch, den 19. Februar, abends 1/2 Uhr, im Lokal von Bartsch, Hufschandstr. 32, ein wissenschaftlicher Vortrag über „Schundliteratur und Schundfilme“.

Freie Jugend Gruppe Südwest. Mittwoch, den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Wölfling, Pankow-Str. 6, Wählerversammlungen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wilsch, Neukölln. — Verlag „Die Arbeit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck der Pankow-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Schillingenbamm 12.

